

„Die Wirtschaft wird kollabieren“

Der US-Ökonom Michael Hudson über die weltweit hohe Verschuldung, die Rolle der Banken und Wege zu mehr Wachstum

Sein Taufpate war Leo Trotzki, seine Lehrjahre verbrachte er an der Wall Street. Heute plädiert der US-Ökonom Michael Hudson dafür, Schulden bei Banken nicht zurückzuzahlen. Hudson, geboren 1939, lehrt Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri in Kansas City. Ein Gespräch über den Zustand der Weltwirtschaft und die Rolle der Politiker und Banker.

Professor Hudson, weltweit ist das Wirtschaftswachstum gering. Wer ist verantwortlich für unsere stagnierende Ökonomie?

Keine Person, sondern ein Prozess. Und dieser Vorgang sieht so aus, dass es eine stetig wachsende Schuldenlast in den Ländern gibt. Sie ist mittlerweile so groß, dass es kaum noch die Möglichkeit gibt, die Schulden zurückzuzahlen. 2008 wurde der entscheidende Fehler gemacht. Die Regierung von Barack Obama entschied sich, die Banken zu retten. Es ging dabei nur darum, Banken und Anleihegläubigern Verluste zu ersparen – und nicht darum die Wirtschaft zu retten. Und das bedeutete, dass man keinen Schuldenschnitt macht, sondern die Schulden behält. Die Eigenheimbesitzer mussten ihre Hypothekenverbindlichkeiten allein stemmen. Das haben die Zentralbanken überall auf der Welt getan, sie retteten den Finanzsektor, die Schulden aber blieben. Sie sind unser heutiges großes Problem, durch sie wird die Deflation ausgelöst.

Und die Folgen?

Das Finanzsystem wird zusammenbrechen. Zugleich wird die Wirtschaft unter der Schuldenlast kollabieren. Das Wirtschaftswachstum kann die durch die Schulden verursachten Zinskosten nicht mehr begleichen. Die Banken zehren an der ökonomischen Substanz, worunter Produktion und auch der Konsum leiden werden.

Wie lässt sich die Schuldendeflation aufhalten?

Das Schlüsselwort ist Schuldenerlass. Das ist das wichtigste Gebot der Stunde. Dem Deutschland der Nachkriegszeit wurden ja auch alle inländischen Schulden im Zuge der Währungsreform gestrichen. Möglich ist es also. Und das Ergebnis konnte sich sehen lassen: das deutsche Wirtschaftswunder.

Und wenn nicht?

Zunächst einmal könnte die Eurozone auseinanderbrechen, einfach weil sie sich weigert, auf Wirtschaftswachstum zu setzen und stattdessen auf Austeritätspolitik setzt. Den verschuldeten Staaten bleibt nichts anderes übrig, als die Schulden über Lohn- und Rentenkürzungen zu begleichen. Man konnte schon nach dem Ersten Weltkrieg sehen, wo die Grenzen des Schuldendienstes liegen.

Lag es am Einfluss der Banken, dass dieser Weg gewählt wurde?

Ganz gewiss. Die Banken führten die Politik. Vor 1913 kontrollierte das Schatzamt die Wirtschaftspolitik, später jedoch übernahm das die Federal Reserve, die US-Zentralbank. Das bedeutete, dass man die Geldpolitik in die Hände von Banken legte – und sie den Händen der

Regierung entriss. Hillary Clinton sagte ja noch vor der Wahl, als sie Goldman Sachs besuchte: Ihr wisst, wie die Wirtschaft funktioniert, ihr solltet sie führen. Die Idee, Banken die Geldpolitik ausführen zu lassen, hat eine klare Konsequenz. Die Politik von Banken ist es nun einmal, Schulden zu produzieren. Und Schulden drücken die Leistung der Wirtschaft nach unten. Die Idee, Geld für die Banken zu drucken, bedeutet zugleich, mehr und mehr Geld aus der Ökonomie rauszunehmen und die Depression zu verstärken.

Einer der großen Übeltäter 2008 war Ihrer Meinung nach der damalige US-Finanzminister Timothy Geithner.

Er ist der Übeltäter, der das Ganze losgetreten hat. Die Wurzel des ganzen Problems ist jedoch die Mentalität. Und Timothy Geithner teilt die Wall-Street-Mentalität wie eigentlich die ganze Obama-Regierung. Es geht hier also nicht um den Einzelnen, sondern die Denkweise aller.

Und wo stehen Europa und die USA im Vergleich?

Beide sind in schlechtem Zustand, allerdings steht die europäische Volkswirtschaft schlechter da, einfach weil man in den USA das Haushaltsdefizit erhöhen kann. In Europa geht das ja nicht. Hier ist die jährliche Neuverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt, aus diesem Grund werden die hiervon stark betroffenen europäischen Staaten wie Griechenland, Spanien oder Italien die Euro-Gruppe sprengen können.

Was erwarten Sie denn für die Zukunft?

Einen langsamen Zusammenbruch. Es wird nicht zu einer massiven Wirtschaftskrise kommen, sondern zu einem langsamen Abrutschen der Wirtschaftsleistung, runter, runter und runter wird es gehen.

Und die Weltwirtschaft?

Die Brics-Staaten, also die Schwellenländer, sind alle nicht in einem guten Zustand. In Brasilien wird durch die rechten Gruppen eine Privatisierung vorangetrieben, die zu mehr Armut führen wird. Auch Indien ist kurzatmig geworden. Die Brics-Staaten sind wirklich nicht gut drauf. In Russland hängt man immer noch neoliberalen Vorstellungen an, ich sehe dort keine große Chance auf Wachstum. Die einzige Hoffnung, die ich erkennen kann, ist China.

Woran liegt das? Ist es einzig der Einfluss von Ideen, also des Neoliberalismus?

Ja, in erster Linie. China bevorzugt eine gemischte Wirtschaft, was für neoliberale Vorstellungen grundsätzlich ausgeschlossen ist. Sie wollen einfach nur privatisieren. Das führt aber zu steigenden Lebenshaltungskosten.

Was wäre die Lösung? Zurück zum Keynesianismus?

Nein. Was Joseph Stiglitz empfiehlt, ist richtig. Man könnte Geld in die Wirtschaft pumpen, damit die Menschen ihre Schulden bezahlen können. Aber das ist nicht die endgültige Lösung. Sie besteht darin – die Menschen sprechen gewöhnlich nicht gerne darüber – die Schulden zu streichen. Im Jahr 2008 hat Präsident Obama versprochen, die Gewinnspannen für Spekulanten zu reduzieren, denn die Schuldenkrise basierte auf einem Exzess der Preise von Grundeigentum. Die Idee war, dass man die Schuldendienste runterfährt, welche Werte man damit auch immer verbunden hatte. Aber als Obama gewählt war, brach er Versprechen, die er in seiner Kampagne gemacht hatte und unterstützte nun die Wall Street, es gab keine Schuldenerleichterung. Für Europa und Amerika wäre es sehr wichtig, die private Verschuldung zu reduzieren.

Was bedeutet es für das Verhältnis von Deutschland und Griechenland, dass den Griechen Schuldenerleichterungen gewährt werden?

Es gibt keinen Weg, auf dem die Griechen ihre Schulden zurückzahlen könnten. Wenn sie die Steuern ständig erhöhen, wächst damit die Arbeitslosigkeit und die Armut, außerdem emigrieren rund 20 Prozent ihrer Bürger. Die fähige Bevölkerung verlässt das Land, um Arbeit zu finden. Die einzige Möglichkeit der Bürger, ihre Schulden zu begleichen, besteht in der Emigration. Aber je leerer das Land, umso härter wird es für den Rest, die Schulden zurückzuzahlen.

In Ihrem Buch spielt die weltweit wachsende Ungleichheit eine besondere Rolle. Welche Mittel gibt es gegen sie?

Man benötigt ein Modell für eine differenzierte Besteuerung. Die Mehrwertsteuer ist immer stärker gestiegen, die Steuern auf Grundeigentum und Finanzen hingegen sind sehr niedrig. Das Steuersystem ist sehr schlecht, es bevorzugt den Finanzsektor, das Grundeigentum, jedoch nicht den einfachen Bürger. Zudem benötigt man eine öffentliche Alternative für den Bankensektor, vor allem in den USA. Der Niedriglohnssektor ist in den USA derartig explodiert, das lässt sich mit Europa möglicherweise nicht einmal mehr vergleichen.

Interview: Michael Hesse

ZUR PERSON

Michael Hudson



ist Distinguished Research Professor der Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri in Kansas City und Präsident des Instituts für die Untersuchung langfristiger Wirtschaftstrends (Islet). Außerdem arbeitet er als Finanzanalyst für die Wall Street und als Politikberater.

2006 warnte Hudson in einer Titelgeschichte für Harper's Magazine vor dem Platzen der Spekulationsblase im US-Immobilienmarkt und vor den daraus resultierenden Folgen für die Wirtschaft. Damals hatte das kaum ein Ökonom kommen sehen. Hudson hat zahlreiche Bücher veröffentlicht. Zuletzt erschien von ihm auf Deutsch „Der Finanzsektor“ (Klett-Cotta). FR

Frankfurter Rundschau - 10.01.2017 – WIRTSCHAFT, S. 12 f.

Missverständene Staatsschulden

Wir brauchen kein Spar- und Konsolidierungsprogramm – Haushaltsdefizite kurbeln die Konjunktur an. Und auch gegen den Zinsgewinn der Reichen lässt sich etwas tun

HEINZ-J. BONTRUP

Die Zahlen klingen bombastisch. Im ersten Halbjahr 2005 fehlten Bund, Ländern, Gemeinden und den Sozialversicherungen 39 Milliarden Euro, im letzten Jahr waren es 80 Milliarden. Bis Ende 2004 hatten sie insgesamt 1.437 Milliarden Euro Schulden aufgehäuft. Die Schuldenquote lag damit bei 65,1 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung. Auf den aufgelaufenen Schuldenstand waren 63,5 Milliarden Euro Zinsen zu zahlen. Zum dritten Mal in Folge verletzte Deutschland 2004 auch die in Maastricht willkürlich festgelegte 3-Prozent-Marke der jährlich maximal erlaubten Netto-Neuerschuldung. Im ersten Halbjahr 2005 lag sie bei 3,6 Prozent, kalkuliert das Statistische Bundesamt.

So scheint die „Grenze der Verschuldung“ überschritten und ein drastisches Spar- und Konsolidierungsprogramm vonnöten. Damit ist aber auch sofort die Frage aufgeworfen, wer den Schuldenabbau finanzieren soll: der Faktor Arbeit durch mehr Lohnsteuern oder der Faktor Kapital und die vermögenden Schichten durch mehr Gewinn- und Vermögensteuern? Auch könnte die Mehrwertsteuer steigen – und natürlich ist eine Kombination aus allem möglich. Außerdem bliebe noch die Senkung der Staatsausgaben.

Die Folgen für Wachstum und Beschäftigung wären allerdings katastrophal. Der Grund dafür liegt im gesamtwirtschaftlichen „Sparparadoxon“, einer der vielen kapitalistischen „Rationalitätsfallen“, wie Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats, zu Recht bemerkt. Spart ein einzelner privater Haushalt oder ein Unternehmen, so mag dies durchaus eine Tugend und rational sein und zu einer angestrebten einzelwirtschaftlichen Konsolidierung führen. Sparen aber alle privaten Haushalte, Unternehmen und auch noch der Staat, so müssen unweigerlich auch bei allen die Einnahmen zurückgehen, weil jede Ausgabe eines einzelnen Akteurs gleichzeitig auch die Einnahme eines anderen Akteurs darstellt. Es kommt zu weniger Wachstum und damit zu geringeren Steuereinnahmen. Letztlich steigt trotz des Sparens paradoxerweise die Staatsverschuldung.

Die gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung und Finanzierungsrechnung über alle Sektoren (private Haushalte, Unternehmen und Ausland) zeigt für 2004 einen Überschuss von mehr als 150 Milliarden Euro. Die eigentlich zur Abschöpfung vorgesehenen Unternehmen erzielten sogar Überschüsse. Wo ist aber, wenn nicht zu den Unternehmen, der Überschuss hingeflossen? 70 Milliarden gingen ins Ausland. Mehr als die Hälfte aber, 80 Milliarden, hat der Staat mit seiner Neuverschuldung absorbiert und nachfragewirksam in den Wirtschaftskreislauf zurückgegeben. Diese staatliche Nachfrage nach Krediten ist geradezu ein Segen für die Finanzmärkte bzw. -institute, die damit ihr Geld verdienen. Der Staat genießt hier höchstes Vertrauen und Bonität. Und ohne die staatliche Kreditnachfrage wäre die Wirtschaft kläglich in eine tiefe Rezession gelaufen.

Wer soll den Schuldenabbau bezahlen? Der Faktor Arbeit oder der Faktor Kapital? Deutschland ist ein reiches Land. Der Reichtum ist nur falsch verteilt

Auch die Behauptung, der Staatshaushalt sei mit dem eines privaten Haushalts oder Unternehmens vergleichbar, die schließlich auch langfristig nicht wesentlich mehr ausgeben als einnehmen könnten, ist nur ein Scheinargument gegen Staatsverschuldung. Denn erstens ist die öffentliche inländische Verschuldung eine Kreditsumme, die wir – Bürger und Institutionen wie Banken und Versicherungen – uns selbst schulden. Demgegenüber sind private Schulden Forderungen zwischen verschiedenen Wirtschaftseinheiten. Zweitens muss eine öffentliche Schuld nicht unbedingt zurückgezahlt werden; das Staatsvolk als Schuldner hat theoretisch eine ewige Lebensdauer. Die fälligen Anleihen könnten durch immer wiederkehrende Neuausgaben von Papieren abgelöst werden. Drittens würde selbst eine Tilgung der Staatsschulden einer Volkswirtschaft keinen Reichtumsvorteil bringen. Die Steuern müssten im Falle der Tilgung erhöht werden, um die Rückkaufbeträge aufzubringen. Der Staat gäbe die Mehreinnahmen also an die Wirtschaftssubjekte zurück, die ihm gerade höhere Steuern abgeliefert haben. Ein bloßer Transferprozess fände statt.

Allerdings, heißt es, würden hierdurch Umverteilungsprozesse ausgelöst, die auch allgemein gegen Staatsverschuldung vorgebracht werden. Es komme zu einer Umverteilung von „unten“ nach „oben“, weil der Staat sich bei vermögenden Staatsbürgern verschulde, fällige Zinsen aber aus dem allgemeinen Steueraufkommen begleiche und auf diese Weise einer staatlich initiierten Umverteilung Vorschub leiste. Hier wird eine ökonomische Kausalität auf den Kopf gestellt. Denn Zinseinkommen entstehen dadurch, dass einzelne Haushalte in der Lage sind, Ersparnisse zu bilden. Aus der Staatsverschuldung folgt somit kein Gerechtigkeitsproblem, das nicht mit Blick auf die vorhandenen Einkommens- und Vermögensdisparitäten bereits bestanden hätte. Dagegen ist einiges machbar: eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, eine Umverteilung zu den Löhnen und Gehältern per Gewinnbeteiligung, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie angemessene Steuersätze bei Erbschaften, Einkommen und Gewinnen.

Auch von der Behauptung, der Staat würde „über seine Verhältnisse leben“ und zukünftige Generationen belasten, bleibt bei näherer Betrachtung nichts übrig. Im Gegenteil: Es ist ökonomisch und generationsübergreifend überaus sinnvoll, die Entwicklungsqualität einer Volkswirtschaft zu stärken. Doch in den Jahren 2003 und 2004 lagen die Abschreibungen auf den staatlichen Kapitalstock sogar über den getätigten Investitionen; es kam also zu staatlichen negativen Nettoinvestitionen. So ist es völlig unverständlich, zu behaupten, die nachfolgenden Generationen würden nur mit den Staatsschulden belastet. Das Gegenteil ist richtig.

Schon 1878 betonte der Finanzwissenschaftler Lorenz von Stein: „Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.“ Außerdem werden nicht nur die Schulden vererbt, sondern auch die dahinter stehenden Forderungen bzw. das Vermögen. Staatsverschuldung heißt nichts anderes, als dass hinter den Staatsschulden exakt gleich große Vermögensbestände (Überschüsse) stehen. Ohne die Schulden des Staates und der Unternehmen wären die Geldvermögensbestände der privaten Haushalte nicht möglich.

Diese lagen 2004 bei über 4 Billionen Euro. Nach Abzug der Schulden der privaten Haushalte blieb ein Nettogeldvermögen von 2,5 Billionen Euro. Hinzu kamen noch 4,8 Billionen Euro Sachvermögen (Immobilien und Betriebsvermögen). Allein das Nettogeldvermögen der privaten Haushalte hat sich seit der deutschen Einheit mehr als verdoppelt.

In Summe ist Deutschland also ein reiches Land. Der Reichtum ist nur falsch verteilt – und es ist zu befürchten, dass die Umverteilung zu den Reichen und Vermögenden im Lande weitergeht und uns gerade deshalb die Staatsverschuldung erhalten bleibt.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER IM INTERVIEW

„Die Schuldenbremse ist falsch“

20.01.2012 | 17:44 Uhr



Falsch ist in den Augen von Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup das Krisenmanagement in Sachen Staatsschulden.

Er gehört zu den Experten, die am Donnerstag im Düsseldorfer Landtag als Sachverständiger zum aktuellen NRW-Haushalt sprachen: Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup (58). Mit dem gebürtigen Halterner, der als Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen lehrt, sprach WAZ-Redakteur Andreas Rorowski über die Finanznot von Land und Städten.

Herr Bontrup, als einziger Experte haben Sie die Neuverschuldung NRW's verteidigt. Schwimmen Sie gerne gegen den Strom?

Ja, ich schwimme schon gerne gegen den Strom, vor allem wenn die Politik falsch ist. Der neoliberale Wettbewerbsstaats wollte den Staat immer schlanker machen. Und wir sehen ja wo das geendet ist, in der schlimmsten Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit den 20er Jahren.

Sie kritisieren die Steuerpolitik des Bundes der vergangenen 20 Jahre, die das Einnahmeproblem von Ländern und Kommunen verursacht habe. Würde eine ganz andere Besteuerung die Haushalte retten?

Natürlich. Aber da spielt die Musik in Berlin. Vor dem Hintergrund der Nichtkreditaufnahme-Möglichkeit ab 2020, der sogenannten Schuldenbremse, wird das alles noch viel enger werden. Es ist völlig daneben zu glauben, die Länder könnten bis 2020 ausgeglichene Haushalte vorlegen. Sie werden trotzdem versuchen, ihre Ausgaben zu verringern, damit gießen sie aber Öl ins Feuer, weil das Wachstum kosten wird und das führt zu noch weniger Steuereinnahmen, so dass dieser Teufelskreis nicht durchbrochen werden kann.

Sind die Städte mit ihren hohen Verschuldungen noch zu retten?

Die Kommunen in NRW haben ganz, ganz große Probleme, weil der Bund sich mit seiner falschen Politik schadlos gehalten hat zu Lasten der Länder, und die Länder haben dies weitergereicht an die Kommunen, so dass die im Grunde genommen alle unterfinanziert sind. Dass NRW den Stärkungspakt eingeführt hat, ist eine richtige Maßnahme gewesen. Aber das wird nicht ausreichen, um den Kommunen wirklich zu helfen, damit sie aus ihrer Unterfinanzierung für ihr wichtigen kommunalen Leistungen auch herauskommen. Was im übrigen auch der Wirtschaft nützen würde. Es wird immer der Gegensatz aufgemacht, ein starker Staat schade der Wirtschaft. Ganz falsch. Ein starker Staat nützt der Wirtschaft. Dieses Denken ist abhanden gekommen und das müssen wir dringend zurückholen.

Ein Beispiel: Recklinghausen muss womöglich zusätzlich 20 Millionen Euro jährlich einsparen, um in sechs bis zehn Jahren einen ausgeglichen Haushalt gestalten zu können. Was muss in einer Kommune passieren, um das zu erreichen?

Das würde mich auch mal interessieren, Sachverständige, die das pauschal fordern, müssten mal konkret sagen, wo gespart werden soll: bei den Personalausgaben, in den Kindergärten, bei der Polizei, in den Schulen und Hochschulen oder sogar in Krankenhäusern. Das aber ist die völlig falsche Politik und wird auch nicht gelingen. Die Schuldenbremse ist falsch und im Ansatz krank.

Fakt ist, es gibt auf allen Ebenen weltweit das Problem hoher Schulden. Was ist das zu tun?

Schulden ist die eine Seite der Medaille, die andere Seite ist Vermögen, Wenn in einer Wirtschaft die Schulden wachsen, wächst auf der anderen Seite das Vermögen gleich mit. Und man muss fragen, warum gibt es denn diese Schulden? Sie sind deshalb entstanden, weil unter der neoliberalen Politik eine gigantische Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen stattgefunden hat, Die Vermögenden haben am Ende nicht mehr gewusst wohin mit dem Geld, haben es spekulativ angelegt und haben damit die Welt angesteckt, Nachdem sie die Welt angesteckt haben, haben sie den Staat wieder gerufen, Da war der Staat wieder derjenige, der helfen sollte, der heilen sollte. Vorher wollten sie vom Staat nichts wissen. Nun ist von riesigen Staatsverschuldungen die Rede, die aber von Privaten ausgelöst wurden, Sie bedienen sich an der Schuld der Staaten mit enormen Zinszahlungen, damit ihr Vermögen noch größer wird. Die Lösung ist: Wir brauchen einen radikalen Vermögensschnitt. Überall auf der Welt. Da muss Politik das Gewaltmonopol walten lassen.

Andreas Rorowski

<http://www.derwesten.de/staedte/unser-vest/die-schuldenbremse-ist-falsch-id6266267.html>

GASTWIRTSCHAFT

Hört auf Brecht!

Wir können nur Schulden
und Reichtum tilgen

Von Heinz-Josef Bontrup

Die Vermögenden haben ein grundsätzliches Problem. Sie müssen ihr angehäuften Kapital immer wieder neu zur weiteren Vermehrung anlegen – getrieben von Größenwahn und Gier nach maximaler Rendite.



PRIVAT

Ohne Schuldner, die per Kredit das Vermögen nachfragen, geht das aber nicht. Deshalb lautet die wichtigste ökonomische Gleichung: Vermögen = Schulden oder Reichtum = Armut. Soll das Vermögen steigen, müssen exakt gleich die Schulden steigen – und sollen die Schulden sinken, reduziert sich automatisch das Vermögen. Der Saldo aus Schulden und Vermögen ist immer Null. Im Gegensatz zu vielen Ökonomen und Politikern hat dies Bertold Brecht verstanden und in einem Gedicht verarbeitet. „Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich: Wäre ich nicht arm, wärest du nicht reich.“

Woher haben die Reichen aber ihr Vermögen? Ganz einfach: Sie lassen andere Menschen, die über kein Vermögen (Produktionsmittel) verfügen, für sich zu einem Lohn arbeiten, der kleiner ist als der von den abhängig Beschäftigten geschaffene Wert. Wird der so entstehende Mehrwert aus Zins, Grundrente und Gewinn von den Vermögenden nicht konsumiert, sondern gespart, entsteht Geld- und/oder Sachvermögen. Hieraus erwächst dann zusätzliches Einkommen mit einem Zinses-Zins-Effekt. Am Ende werden die Vermögenden immer reicher und beanspruchen aus der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zu Lasten der Arbeitseinkommen immer mehr. Dies hat gerade für kapitalistische Länder der französische Ökonom Thomas Piketty rückwirkend bis ins 18. Jahrhundert empirisch aufgezeigt.

Die Schuldner, dies sind nicht nur Millionen von Griechen, können jetzt aber nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 ihre – den Reichen in der Vergangenheit zu Gute gekommene – Last nicht mehr tragen. Und dennoch zwingt sie das, von den herrschenden Reichen erfundene, „moralische Prinzip“ der Schuldentilgung in die Sklaverei. „Ich habe den Eindruck“, so der US-amerikanische Ökonom David Graeber in seinem großartigen Buch „Schulden. Die ersten 5000 Jahre“, „ein Ablassjahr nach biblischem Vorbild ist überfällig, für Staatsschulden wie für Konsumschulden.“ Und nicht das Trachten nach einer „schwarzen Null“ im Staatshaushalt, herbeigeführt durch eine krisenverschärfende Austeritätspolitik.

Der Autor ist Ökonom, zuletzt erschien von ihm das Buch „Krisenkapitalismus und FII-Verfall“ im PapyRossa Verlag.

GASTWIRTSCHAFT

Nur der Verzicht hilft

Warum ein Kapitalschnitt unumgänglich ist

Von Heinz-Josef Bontrup

Jetzt jammern sie – die Reichen und Geldmächtigen. Sie bekommen keine Zinsen mehr. Ja, der Netto-Realzins, der Zins nach Steuern und Inflationsrate, ist sogar negativ. Dies ist ein atomisierter Kapitalschnitt, von dem allerdings auch der Kleinsparer betroffen ist und eben nicht nur die wirklich Vermögenden, denen man diesbezüglich keine Träne nachweinen sollte.

Die Reichen sollten sich vielmehr die Frage stellen, warum der Realzins negativ ist. Weil 2008 die Finanzwelt zu kollabieren drohte und die Notenbanken zur Vermeidung des totalen Zusammenbruchs die Leitzinsen massiv senken mussten. Und hätte EZB-Chef Draghi im Herbst 2012 nicht gesagt, dass die EZB alles Notwendige tun werde, um den Euro gegen die Spekulanten zu retten, wäre die Euro-Zone längst nicht mehr existent und die politische EU hätte noch größere Probleme, als sie sie jetzt schon hat.

Die Vermögenden sind aber nicht bereit, durch einen gezielten und adäquaten Schuldenerlass die Krisenlast zu tragen – obwohl sie vor der Krise die großen Profiteure waren und sie die Krise durch ihre Umverteilungorgien von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen zu verantworten haben. Im Gegenteil: Die Vermögenden verlangten zusätzlich von der herrschenden neoliberalen Politikerkaste kreditfinanzierte Staatsausgaben. Durch ihre an den Staat ausgereichten Kredite und die dafür erhaltenen Zinsen sind die Reichen noch reicher geworden. Welche Krise? Diese trifft nur die Masse der Menschen und die eh schon Armen.

Die Rechnung geht am Ende aber nicht auf. Es gilt nun mal der ökonomische Lehrsatz, dass Zinsen und Gewinne durch realwirtschaftliche Produktion erarbeitet werden müssen, wobei Arbeit für Reiche ein Fremdwort ist. Nein, sie lassen andere für ihren Reichtum arbeiten. Dafür sind sie aber im Jammern groß. Auch weil ihnen die Anlagemöglichkeiten ausgehen. Kein Wunder bei einem weltweit in Relation zur jährlichen Produktion mehr als dreimal so großen Finanzvermögen. Da hilft dann auch nicht wirklich der Verkauf des letzten staatlichen Tafelsilbers zur Kompensation. Helfen kann final nur der Verzicht der Reichen durch einen Kapitalschnitt, um sich so selbst zu retten und den Schuldnern ein ökonomisches Weiterleben zu ermöglichen. Springen die Reichen dazu nicht über ihren Schatten, sieht die Zukunft in Europa düster aus.

Der Autor ist Ökonom. Von ihm erschien „Lohn und Gewinn“, Oldenbourg Verlag München

Aus unserem Programm:



Heinz-J. Bontrup

Der diskreditierte Staat Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen

75 Seiten, 5 Euro

Inhalt:

Einleitung und Problemaufriss - Allgemeine neoliberale Doktrin gegen den Staat - Echte und unechte Staatsquoten differenzieren - Der Staat ist in Deutschland chronisch unterfinanziert - Staatsverschuldung und ihre Fehlinterpretationen - Den Schulden steht immer gleichviel Vermögen gegenüber - Auch das Ausland hilft letztlich nicht - Rettungsschirme und Eurobonds greifen zu kurz - Alternativen sind überfällig – Literatur

„Der seit Mitte der 1970er Jahre immer mehr geführte massive Angriff auf den Staat, genauer gesagt auf den verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaat, und seine Verschuldung, wird von neoliberalen Interessenvertretern geschickt geführt. Sie nutzen ein allgemein in der Gesellschaft

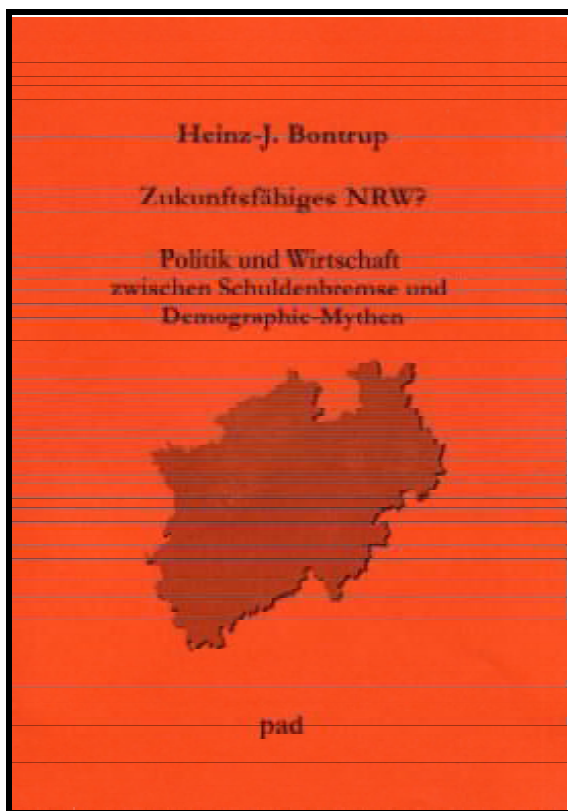
bestehendes (gesundes) Misstrauen gegen staatliche Obrigkeit und womöglich auftretender staatlicher Verschwendungssucht aus, die die Bürger mit hohen Steuern und Abgaben zu finanzieren haben und/oder in Staatsverschuldung münden. Der Staat wird hier in Verbindung mit Bürokratie, Gängelung und privater Freiheitseinschränkung gebracht. So verfängt sich in der breiten Bevölkerung – schichtenübergreifend – leicht der Eindruck, dass die Staatsquote zu hoch und der Privatisierungsgrad zu niedrig sei oder der Staat sich auf Kosten zukünftiger Generationen verschulde. Dies machen sich neoliberale Apologeten und Ideologen zu Eigen und rufen populistisch nach einer Entbürokratisierung sowie nach Steuer- und Abgabensenkungen.“ (Heinz-J. Bontrup)

Die vorliegende Veröffentlichung ist eine wichtige Hilfe zur aktuellen Auseinandersetzung um Schuldenbremsen und der staatlichen Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben. Sie analysiert und kritisiert die ideologischen Positionen vor allem jener, die keinerlei staatlichen Absicherung und Einkommensumverteilung bedürfen um in Wohlstand und Sicherheit zu leben.

Der Beitrag war im Wesentlichen die Grundlage für den Autor in Anhörungen als Sachverständiger im Landtag von Nordrhein-Westfalen und im Niedersächsischen Landtag zur geplanten gesetzlichen Verankerung einer „Schuldenbremse“ in den jeweiligen Landesverfassungen.

Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup arbeitet als Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaften an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen und ist Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memorandum-Gruppe“)

pad-Verlag – Am Schlehdorn 6 – 59192 Bergkamen / pad-Verlag@gmx.net



Heinz-J. Bontrup

**Zukunftsfähiges NRW?
Politik und Wirtschaft
zwischen Schuldenbremse und
Demographie-Mythen**

77 Seiten, 5 €

INHALT:

Vorwort / 1. Grundsätzliche Intention für ein Sondervotum / 2. Einkommens-Verteilungsfrage wurde ausgeblendet / 3. Auch die Vermögensverteilung war für die Enquete-Kommission kein Thema / 4. Kritik am Kapitel: „Die demographische Ausgangslage in NRW bis 2020“ (4.1 Grundsätzliches - 4.2 Nicht der Alten-, sondern der Gesamtquotient entscheidet) / 5. Kritik am Kapitel: „Wirtschaft und Arbeit“ / 6. Zur kontraproduktiven Schuldenbremse und ihre Wirkungen (6.1 Schuldenbremse und Diskreditierung des Staates - 6.2 Der Staat im Wirtschaftskreislauf - 6.3 Absolute und relative Staatsverschuldung - 6.4 Der Staatshaushalt ist kein Privathaushalt - 6.5 Umverteilung durch Staatsverschuldung richtig interpretieren - 6.6 Generationengerechtigkeit wird nicht verletzt – 6.7 Ohne Schulden (Kredite) gibt es keine wirtschaftliche Entwicklung) / 7. Finanzpolitische Handlungsempfehlungen

Zwei Jahre lang befasste sich eine Enquete-Kommission des Landtages NRW mit der Bewertung der Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demographischen Wandels. Der Bericht ist ein trauriges Beispiel dafür, wie eine verengte interessenorientierte Parteienselbstdarstellung und ein kontraproduktives individuelles Gezänk der Volksvertreter den Blick auf Möglichkeiten zukunftsfähiger Politikgestaltung versperren. Der vorliegende Text ist das Sondervotum des Sachverständigen Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup